

Nr. 17/09 vom 19.05.2017

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Dezentraler Ausbau der Erneuerbaren – Welche Auswirkungen hat er auf den Netzausbaubedarf?

Berlin. Den Netzausbaubedarf zu prognostizieren ist aufgrund des zunehmend komplexen Gesamtsystems äußerst schwierig. Die steigende Anzahl volatiler Erzeuger, die Ideen im Kontext der Sektorenkopplung und die Möglichkeiten die neue Technologien bieten, verkomplizieren diese Aufgabe zusätzlich. Rund 7700 Kilometer Höchstspannungsleitungen sind derzeit geplant, die Kosten werden auf rund 40 Mrd. Euro bis 2025 geschätzt. Welche Effekte eine zunehmend dezentrale Stromerzeugung auf den Netzausbaubedarf haben könnte und wie dieser möglichst optimal geplant werden kann, diskutierte das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 17. Mai 2017.

Unter bestimmten Bedingungen könnte der geplante Netzausbau von derzeit 15 Leitungen nahezu halbiert und somit ca. 1,7 Mrd. Euro pro Jahr eingespart werden, berichtete Stefan Lochmüller, Strategiemanager Erzeugung, Unternehmensentwicklung Beteiligungen, N-ERGIE AG. Dies sei das Ergebnis der Studie „Dezentralität und zellulare Optimierung – Auswirkungen auf den Netzausbaubedarf“, die die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und die Prognos AG im Auftrag der N-ERGIE AG erstellt haben (diese stellte Lochmüller in Vertretung für die Autoren der Studie vor). Die möglicherweise einzusparenden Stromtrassen betreffen allerdings nicht die derzeit besonders in der öffentlichen Diskussion stehenden HGÜ-Trassen wie etwa den „Südlink“, dessen Notwendigkeit auch von den Autoren der Studie bestätigt wurde.

Der geplante Netzausbau könne der Studie zu folge reduziert werden, wenn ein Bündel von Maßnahmen ergriffen würde. Dazu zählten eine stärkere Förderung dezentraler Entwicklungen im Strommarkt, ein optimales Einspeisemanagement, dass auch auf die gezielte Steuerung von Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen ausgeweitet werde, das gezielte und bedarfsorientierte An- und Abschalten von Kraftwerken, die Installation flexibler Verbraucher, insbesondere von Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeicher, E-Heizer und Wärmepumpen, sowie eine gezielte räumliche Ansiedlung von KWK- und EE-Anlagen. Die der Studie zugrunde liegenden Annahmen und die Ergebnisse des vereinfachten Modells seien allerdings noch auf ihre Praxistauglichkeit durch ein differenzierteres physikalisches Modell zu überprüfen.

MinR Michael Schultz, Referatsleiter IIIC1 - Nationale u. europäische Stromnetze u. Stromnetzplanung, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, unterstrich, dass die Notwendigkeit der derzeit im Bau befindlichen Stromtrassen seitens der Studie unterstrichen worden sei. Der Bedarf an neuen Leitungen werde im Netzentwicklungsplan (NEP) auf der Grundlage verschiedener Szenarien ermittelt. Dabei würden neue technische Entwicklungen, die zunehmend dezentrale Stromproduktion und der eventuell zukünftig höhere Stromverbrauch durch die Sektorenkopplung berücksichtigt.

Dr. Werner Goetz, Vorsitzender der Geschäftsführung, TransnetBW GmbH, warnte davor, die Ergebnisse der Studie in zu kurz gefassten Äußerungen widerzugeben. Die Ergebnisse könnten dann dahingehend missverstanden werden, dass ein Teil

der derzeit im Ausbau befindlichen Leitungen – entgegen den Notwendigkeiten - als nicht erforderlich bewertet würden. Dies sei umso verantwortungsloser, als dass dann unter Umständen bereits geleistete Vertrauen aufbauende Öffentlichkeitsarbeit zunichte gemacht würde.

Ob es neuer Stromtrassen bedürfe oder nicht, bedinge immer das dem Prozess zu Grunde liegende Szenario. Doch auch bei einem Szenario, bei dem alle Haushalte mit Fotovoltaik-Anlagen und Speichern, sowie einem rückspeisefähigen Elektroauto ausgestattet seien, wären Trassen wie der „Südlink“ nötig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Generell empfahl er, dass die Diskussion nicht auf „Dezentralisierung oder Netzausbau“ hinauslaufen sollte, da beide Entwicklungen für das Energiesystem wichtig seien.

Rainer Kleedörfer, Leiter Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, Prokurist, N-ERGIE AG, hob die Bedeutung der Glaubwürdigkeit des Prozesses zur Netzplanung hervor, die derzeit zentraler sei als die genaue Anzahl der Leitungen. Auch wenn dieser transparent und im Dialog mit den Bürgern stattfindet, sei ein bedeutender Teil des NEP, die Parametrierung des Szenariorahmens, nicht öffentlich zugänglich. Dies erzeuge Misstrauen, insbesondere deshalb, da der Netzausbau das Geschäftsmodell der Übertragungsnetzbetreiber sei und diese an der Szenarioentwicklung wesentlich beteiligt seien.

Im Auditorium wurde seitens eines Vertreters der Stadtwerke darauf hingewiesen, dass angesichts der weiterhin zu erwartenden Steigerung von Komponenten im Stromsystem und einer damit einhergehenden noch höheren Komplexität, Maßnahmen im Transformationsprozess des Energiesystems in optimaler Weise nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen sollten.

Die darauffolgende Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern des Beirates der Bundesnetzagentur Johann Saathoff (SPD), Ralph Lenkert (DIE LINKE.) und Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen), moderierte Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW, sowie ehrenamtlicher Vorsitzender, Arbeitskreis „Zukunftsenergien“.

Saathoff stellte die beschlossenen und geplanten Maßnahmen des NEP nicht in Frage. Er gehe eher davon aus, dass noch mehr getan werden müsse. Er begrüßte, dass ein Teil des Netzausbaus nun als Erdleitung ausgeführt werde. Die direkten Kosten für die Erdverkabelung seien zwar höher als die für Freileitungen, jedoch deutlich geringer als jene Kosten, die durch den verzögerten Netzausbau und daraus beispielsweise resultierendem häufigerem *Redispatch* oder etwaigen Klagen entstünden.

Lenkert forderte einen neuen Szenariorahmen der auf der Bedingung fuße, dass kein Netzausbau erfolgen müsse. Entsprechend sollte dann die Allokation der Komponenten des Energiesystems erfolgen. Seine Fraktion werde dem NEP erst zustimmen, wenn ein entsprechendes Szenario errechnet und beachtet würde. Die Verteilnetze seien auszubauen, zu vernetzen und auf Entwicklungen wie die Elektromobilität vorzubereiten. Außerdem forderte er, dass der Transport von Strom eingepreist werden müsse. Solange ein Händler nicht über die Transportkosten nachdenken müsse, würden die Transportkosten auch nicht sinken.

Krischer lehnte es wie Saathoff ab, alles wieder in Frage zu stellen. Dennoch sehe er es kritisch, dass die Bundesnetzagentur ihren Szenariorahmen nicht nach den Zielen der Bundesregierung ausrichte.

Die Präsentationen von den Herren Lochmüller, Schultz und Dr. Goetz stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten besitzen, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft sowie bei der N-ERGIE AG für die Unterstützung.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de